

Ungarns EU-Mitgliedschaft: Hoffnung, Erwartung und Realität; Eindrücke aus einigen Jahren Ungarn (– zur Einleitung)

Martin Pammer

Eine Einschätzung von der Warte eines Mitarbeiters einer Vertretungsbehörde (Botschaft) eines Nachbarstaates beruht meist auf der Gemengelage von relevanter Literatur, erhaltener Analysen und vor allem auf persönlichem Erleben und Erfahren. Der folgende Beitrag versucht auf dieser Grundlage die Lage in Ungarn darzustellen, die Haltung einzelner Ungarn gegenüber der Europäischen Union zu beschreiben und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ungarn ist seit nun fast 6 Monaten Mitglied der Europäischen Union. Vergleicht man die Lage heute mit jener bereits aus dem Gedächtnis schwindenden kurz nach der Wende 1989, so wird erinnerlich, was vollbracht wurde und heute schon selbstverständlich erscheint: Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft funktionieren, Modernisierungsschübe haben das „Gesicht“ des Landes „europäisiert“; in einer Reihe von Bereichen ist, trotz der schwierigen Wirtschaftslage der letzten 2-3 Jahre, nach wie vor eine große Dynamik spürbar. Allerdings wurden viele der auch schmerzhaften Schritte und Reformen nicht zuletzt unter dem Aspekt des Zieles eines Beitritts zur EU vollzogen. Dementsprechend hatte sich über die Jahre auch eine gewisse Erwartung aufgebaut. Doch mit Ausnahme der Beitrittsfeierlichkeiten und vielleicht einer manchmal erlebten erleichterten Reisefreiheit hat der eigentliche Beitritt bisher auf den Alltag des „Durchschnittsungarn“ keinen wesentlichen, wahrnehmbaren (positiven) Einfluss gehabt. Wenn von „der EU“ die Rede ist, wird sie meist als ein mit der Transformation zusammenhängender Umstand wahrgenommen. Auch wenn daher von konkreter Erfahrung nicht gesprochen werden kann, so wird **der Beitritt als vorläufiger Abschluss oder formeller Endpunkt des Prozesses, „Systemwandel/Reform“ und „Beitrittsvorbereitung“, „Rückkehr nach Europa“ empfunden**; vorläufig deshalb, weil im Zuge des Beitritts, der auch in Ungarn stark spürbaren Globalisierung und der für den Durchschnittsbürger schwierigen und schwieriger werdenden Wirtschaftslage keineswegs Wohlstand und Modernität - wie wohl nach der Wende noch erhofft wurde - eingetroffen sind. Im Gegenteil, **für viele, wenn nicht die überwiegende Zahl der Menschen in Ungarn hat sich die Gesamtlage, insbesondere nochmals 2003/2004, also kurz vor dem Beitritt verschlechtert**, oder wird als solches wahrgenommen und wird einem Kontext zur Integration gesehen:

- Der **Durchschnittslohn in Ungarn beläuft sich auf etwa 52 % des europäischen Durchschnittslohnes**, während sich das **Preisniveau** zuletzt sehr jenem in **Österreich angenähert** hat (Vergleichende Warenkorb-Erhebungen von namhaften ungarischen Print-Medien haben ergeben, dass Einkaufen in Eisenstadt „billiger“ sein soll als in Sopron.). D.h. ein Ungar mit Durchschnittseinkommen hat **höchstens die Hälfte der Kaufkraft** eines Österreicherers mit Durchschnittseinkommen.
- Die **Wirtschaftsreformen, die Marktwirtschaft und das Wachstum** der letzten 15 Jahre haben zwar einen gewissen **Wohlstand** erbracht, aber reell nur **Vermögenszuwächse für wenige**: Während der letzten 10 Jahre sind lt.

statistischen Erhebungen die Löhne um das neunfache, die Preise um das zwölfwache gestiegen; war 1990 das Verhältnis zwischen niedrigsten und höchsten Einkommen noch etwa 1:3, so betrug es 2003 1:10. Das 1989 vorhandene Einkommensniveau soll erst 2002 wieder erreicht worden sein.

- **Armut ist ein weitverbreitetes Phänomen** geblieben und nimmt sogar zu (für ältere Menschen, Pensionisten insbes. Frauen, aber auch Teile der Mittelschicht, ethnische und soziale Randgruppen; zusammen ca. 3,5 Mio Personen, bei denen von einer Existenz an der Überlebensgrenze gesprochen werden kann; 40% der Roma z.B. leben unter der Armutsgrenze).
- **Die Lage der Weltwirtschaft und die Wirtschafts- und Lohnpolitik der sozial-liberalen Regierung seit 2002 haben im Ergebnis letztlich die soziale Polarisierung gefördert.**
- Die notwendigen **strukturellen Reformen** (im Gesundheitsbereich) und die **Sanierung des Staatshaushaltes** (im Hinblick auf den Einstieg in die EURO-Zone) **wie Kosten der weiteren Modernisierung des Landes** (Infrastruktur; Ausbau der Autobahnen und Restrukturierung und Modernisierung der Eisenbahn) **drohen** die bestehenden **sozialen Probleme zusätzlich zu verschärfen. Teuerungen bei Energie und Medikamenten zeigen dies bereits.**

Zu diesen wirtschaftlichen Umständen, die die Beurteilung des Beitritts und des Transformationsprozesses erheblich beeinflussen, kommen noch Faktoren hinzu, die mit den Umständen des Beitritts selbst sowie dem Verhalten der EU-MS und „Europas“ zusammenhängen. Dass:

- weit **länger auf den Beitritt gewartet werden musste als zunächst gedacht** (Nach der Wende wurde oft das Zieldatum 1996 medial transportiert, später „2000“ – insbesondere nach entsprechenden Aussagen mancher führender europäischer Politiker - z.B. Chirac) und sich die **Integration mit der Zeit immer mehr zu einem Elitenprojekt** wandelte.
- **die Beitrittsbedingungen vermeintlich schlechter als bei den vorhergehenden Beitritten vergleichbarer Länder** waren (wesentlich weniger Fördermittel für Landwirtschaft, Enttäuschung über vermeintlich lange Übergangsfristen bei Arbeitnehmerfreizügigkeit (allerdings waren diese beim Beitritt Spaniens und Portugals ebenfalls 7 Jahre (die später verkürzt wurden) bzw. 15 Jahre gegenüber Luxemburg), schlechtere Perspektiven für künftige Finanzvorausschau im Vergleich zur gegenwärtigen Unterstützung der Kohäsionsländer (aber Kohäsionsfonds erst durch Vertrag von Maastricht geschaffen)) und daher der Eindruck entstand, man werde Mitglied „zweiter Klasse“ eines geizigen, undankbaren Europa.
- die **öffentliche Debatte** teilweise nicht geführt wurde oder nur auf Sonderinteressen fokussierte oder sich, seitens der rechten Parteien, insbesondere ab 2001, eher „national“ darstellte (Orbán: „Es gibt auch ein Leben außerhalb der EU.“).
- Schließlich spielte auch eine Rolle, dass die **EU-Informationskampagnen** der Regierung 2002/2003 vor dem Referendum **wenig erfolgreich** gestaltet worden waren.

Dem stehen gegenüber v.a. die wirtschaftlichen Erwartungen seit der Wende, die Bewertungen der eigenen Geschichte, der eigenen Rolle und der eigenen

Leistungen, die allerdings immer weniger mit dem tatsächlichen Beitrittsprozess in Einklang zu bringen waren:

- Die noch in der Mitte der 90er Jahre bestehende Hoffnung, dass der Beitritt im Sinne eines **breiten Wohlstandes die Belohnung für jahrelange Entbehrungen sein würde**. Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft waren aber bereits vor dem Antrag auf die EU-Mitgliedschaft 1994 erreicht worden.
- Die **Erwartung, dass die EU bzw. der Westen die historischen Leistungen Ungarns honorieren werden** (Abwehr der Türken im 16. Jahrhundert, 1956, den Beitrag zur „Öffnung“ 1989) und daher den Transformationsprozess in Ungarn auch materiell in größerem Umfang, als dies tatsächlich geschah (v.a. PHARE), unterstützen würden.
- Dass die - gemäß dem Selbstverständnis der Ungarn - lange innegehabte Vorreiterrolle Ungarn im Sinne des Regattamodells tatsächlich zu einer frühen Aufnahme Ungarns führen werde.

Unter Berücksichtigung der dargestellten Umstände der Entwicklungen im Rahmen des Beitrittsprozesses passt daher die in persönlichen Gesprächen erlebte Haltung mit den mit dem in soziologischen Studien gezeichneten Bild überein. Gegenüber der „EU“ und Europa besteht eine zwar schichtspezifisch und regional unterschiedliche, aber doch **ausgeprägt skeptische, eher resignierende Haltung und eine sehr geringe Bereitschaft zur Partizipation**. Der Beitritt wurde und wird als Zwangsläufigkeit erlebt, die der Bürger weder beeinflussen kann, noch als etwas, das sein persönliches Leben verändert. Dementsprechend gering die Beteiligung an Entscheidungen: beim Referendum über den Beitritt 45%, bei den Europawahlen etwas über 38%. Auch wenn die Eliten und Regierungen Ungarns und der neuen Mitgliedsstaaten sich bemühen, besonders „europäisch“ zu sein, sollte man sich bewusst sein, dass die Bevölkerung (in Ungarn und wohl auch in den anderen mitteleuropäischen neuen Mitgliedsstaaten) Brüssel so fern steht wie vermutlich nie zuvor.